

Aufstand 53 – Zusatzinformationen für Lehrer

1. Bereits kurze Zeit nach dem Ende des 2. Weltkrieges zerbricht mit dem Beginn des Kalten Krieges die Anti-Hitler-Koalition. Weltweit stehen sich nun westliche Staaten unter der Führung der USA und die unter sowjetischem Einfluss stehenden Länder (Ostblock) feindselig gegenüber. Als dritte Kraft etablieren sich die Blockfreien, eine Sammelbewegung von Staaten, die sich im Ost-West-Konflikt keinem der beiden Blöcke zuordnen wollen.

1952 wird der Kalte Krieg zwischen Ost und West zum politischen Dauerfrost. In Moskau regiert noch immer der greise Josef Stalin mit diktatorischer Härte. In den USA wird im November 1952 der ehemalige General und NATO-Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower zum Präsidenten gewählt. Er verspricht im Wahlkampf den Kommunismus zurückzudrängen. Seit 1950 führen das kommunistische Nordkorea mit Unterstützung der Volksrepublik China und das pro-amerikanische Südkorea Krieg gegeneinander. 1952 einigt man sich auf einen zerbrechlichen Waffenstillstand. Gerade der Korea-Krieg wird in der ganzen Welt vom Propagandagetöse beider Blöcke begleitet. Im November 1952 zündet die USA in der Südsee erfolgreich ihre erste Wasserstoffbombe. Diese neue Waffe übersteigt die Zerstörungskraft der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki um ein Vielfaches. Erstmals in der Weltgeschichte existiert die reale Gefahr, dass sich die Menschheit selbst auslöscht.

1953 sind die beiden deutschen Staaten formal noch nicht Mitglied der jeweiligen Militärbündnisse und verfügen noch nicht über eigenständige Armeen. Doch in der DDR wie in der Bundesrepublik sind die Weichen längst auf Wiederbewaffnung gestellt. Zur „Verteidigung des Friedens“ werden in der DDR seit 1952 Einheiten der Kasernierten Volkspolizei aufgestellt und in der Bundesrepublik soll im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eine Armee mit 407.000 Mann geschaffen werden.

Zwischen den beiden deutschen Staaten ist die Tonlage rau geworden. Sieben Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg herrschen in Deutschland Säbelgerassel, Kriegsangst und stumpfsinnige Propaganda. Jeder Kritiker in den eigenen Reihen wird als Erfüllungsgehilfe der Gegenseite diffamiert. In der DDR kann das lange Haftstrafen und sogar ein Todesurteil zur Folge haben.

(Zeitraumen ca. 20 min)

2. Am 5. März 1953 stirbt in Moskau der Diktator Josef Stalin. In fast allen Ländern des Ostblocks werden daraufhin ausgedehnte Trauerfeiern initiiert.

In dem Gedicht von Johannes R. Becher wird der Stalin-Kult deutlich. Stalin wird als ein Mann des Friedens, der Freiheit und des technischen Fortschritts gefeiert. Zugleich wird der Mythos bedient, Stalin habe das Werk seines früheren Wegbegleiters Lenin fortgeführt.

Diese Kontinuität zwischen Lenin und Stalin dient der Legitimation von Stalins Herrschaft. Becher verbindet mit Stalin den Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Er erwähnt aber nicht, dass auch andere Staaten wie die USA, Großbritannien oder Frankreich zur Anti-Hitler-Koalition gehören. Weiterhin wird Stalin für die Industrialisierung des Landes (insbesondere des Ostens der Sowjetunion) gelobt. Becher verschweigt hier, dass diese Industrialisierung auch viele Tausende Tote gekostet hat und dabei oftmals auch politische Gefangene eingesetzt werden.

Insgesamt wird Stalin in diesem Gedicht verherrlicht und sehr gönnerhaft dargestellt. Dies steht im starken Kontrast zur Realität eines skrupellosen Diktators, der anfänglich sogar mit Hitler paktierte und dessen Amtszeit von einem ausgeprägten System des Terrors gekennzeichnet ist.

(Zeitraumen: ca. 30 min)

3. Auslöser des Aufstandes am 17. Juni 1953 ist der wirtschaftspolitische Kurs der DDR-Regierung, der den Arbeitern immer mehr abverlangt.

a) Aufrufe zur Steigerung der Arbeitsleistung gehören zum ständigen Repertoire kommunistischer Propaganda. Doch nach der 2. Parteikonferenz der SED macht die Partei- und Staatsführung der DDR ernst mit der Leistungsforderung. Beim Aufbau der Schwerindustrie, den Rüstungsausgaben und den anhaltenden Reparationsleistungen an die Sowjetunion soll die Arbeiterschaft stärker heran gezogen werden. Das Rezept lautet: höhere Preise und niedrigere Löhne. Dies stößt nicht nur auf Widerstand in den Betrieben, selbst die Funktionäre der Staatsgewerkschaft FDGB folgen der Politik der SED teilweise nur widerwillig.

Trotz des Protests setzt die SED-Führung die Normenerhöhung durch. Am 14. Mai 1953 beschließt das Zentralkomitee der SED, dass die Minister und Staatssekretäre „alle erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung des schlechten Zustandes in der Arbeitsnormung“ treffen, „mit dem Ziel, die Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 % bis zum 1. Juni 1953 sicher zu stellen.“

Überall beginnen nun die Vorbereitungen für eine solche Normenerhöhung. Bei Versammlungen in den Betrieben, auf denen die Funktionäre vor Ort den Werkträgern die Notwendigkeit der Normenerhöhung erklären sollen, kommt es zu heftigen Diskussionen, zu Widerspruch und grundsätzlicher Kritik an der Parteiführung. In den Betrieben und auf den Baustellen herrscht eine gereizte Stimmung. Als am 9. Juni 1953 der Neue Kurs beschlossen wird, zeigt es sich, dass die SED bei vielen Kritikpunkten nachgegeben hat. Die Normenerhöhungen aber bleiben bestehen.

b) Auch Heinz Grünhagen, der damals als Brigadier auf einer Baustelle in Strausberg bei Berlin arbeitet, verweist im Zeitzeugeninterview darauf, dass die Verschärfung der Arbeitsnormen der Auslöser für den Aufstand am 17. Juni sind. Bereits am 16. Juni verbreitet sich die Nachricht von Arbeitsniederlegungen der Berliner Bauarbeiter, der sich zunehmend auch andere Arbeiter anschlossen.

(Zeitraumen: ca. 30 min)

4. Den auf der 2. Parteikonferenz beschlossenen Kurs setzt die SED rücksichtslos um und sorgt damit für große Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Tausende flüchten zu Beginn des Jahres 1953 bereits in den Westen. Daraufhin bestellen die sowjetischen Genossen Anfang

Juni 1953 die SED-Spitze nach Moskau . Die sowjetische Führung zwingt die DDR-Führung zum sofortigen Einlenken gegenüber der Bevölkerung.

Die SED-Führung räumt mit der Veröffentlichung des Kommuniqués Fehler bei der Ausgestaltung und Umsetzung des Fünfjahresplanes ein. Dieser sollte zu schnell umgesetzt werden. Außerdem habe sich die Konzentration auf die Schwerindustrie als Fehler erwiesen. Auch der Umbau der Wirtschaft und die Enteignung von privaten Betrieben und Bauernhöfen wirke sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus und führe zu Versorgungsengpässen. Besonderen Protest in der Bevölkerung rufe die Anhebung der Lebensmittelpreise und die Streichung von Vergünstigungen wie z.B. bei Fahrkarten hervor. Um die Situation im Land zu entschärfen, beschließt der Ministerrat der DDR die Beschränkungen für Lebensmittelkarten wieder aufzuheben. Weiterhin wird die Rücknahme von Preiserhöhungen für Lebensmittel angekündigt. Private Unternehmen sollen die Möglichkeit haben, ihre Steuern und Sozialabgaben zu stunden und zusätzliche Kredite zu beantragen. Auch Fahrpreismäßigungen für den Öffentlichen Nahverkehr würden wieder eingeführt. Zudem kündigt die DDR-Führung an, Enteignungen rückgängig machen zu wollen. So sollen z.B. Republikflüchtlinge ihr Eigentum auf Antrag zurück erhalten. Allerdings versucht die DDR-Führung, die Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 Prozent weiterhin durchzusetzen. Von diesem Ziel rückt sie auch mit den neuen Beschlüssen nicht ab.

(Zeitraumen: ca. 45 min)

5. Stellen Sie sich vor, Sie sind Korrespondent einer westdeutschen Tageszeitung jener Zeit. Ihre Redaktion hat Sie beauftragt, über den Aufstand in der DDR zu berichten und einen größeren Artikel darüber zu schreiben. Um ein möglichst umfassendes Bild über die Zustände in der DDR zu erhalten, teilen Sie sich in 6 Gruppen auf, die jeweils aus einer der folgenden Städte berichten: Magdeburg, Jena, Bitterfeld, Halle, Strausberg und Görlitz.

Obwohl die DDR-Regierung Kurskorrekturen beschließt, traut ihr besonders die Arbeiterschaft trotzdem nicht. Die Arbeiter sehen darin eher ein generelles Versagen der verhassten SED. Der Funke im Pulverfass ist schließlich die Frage der Normenerhöhungen, da die SED diese nicht zurücknimmt. Am 15. Juni schicken daraufhin die Berliner Bauarbeiter eine Delegation zum Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Sie kündigen einen Streik an, falls die Normen nicht zurück genommen werden. Als die Regierung nicht reagiert, ziehen sie am 16. Juni zum Regierungsgebäude. Dort wird von Rednern der Generalstreik ausgerufen. Die Nachricht verbreitet sich über die westlichen Radiosender rasch in der ganzen DDR.

Am Morgen des 17. Juni 1953 streiken bereits in tausenden Betrieben die Belegschaften. Sie versammeln sich, um ihre Forderungen zu formulieren und Streikkomitees zu gründen. Dabei geht es um soziale Forderungen wie Preissenkungen und die Rücknahme der Normerhöhung. Ebenso werden der Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Freilassung politischer Häftlinge und die Wiedervereinigung gefordert. In vielen Orten ziehen die Streikenden in langen Marschkolonnen durch die Städte. Spontan schließen sich immer mehr Menschen den Demonstrationen an. Innerhalb weniger Stunden wird aus dem sozialen Protest der Arbeiterschaft ein allgemeiner Volksaufstand.

In manchen Städten wie Bitterfeld und Görlitz übernehmen gewählte Streikkomitees die Macht. In anderen Städten richtet sich die Volkswut gegen Einrichtungen der Partei und der Staatssicherheit. In Berlin demonstrieren in der Innenstadt riesige Menschenmassen gegen

die SED-Herrschaft. Vom Brandenburger Tor wird unter dem Jubel der Massen die rote Fahne geholt.

Die Macht der SED über den Staat scheint zu schwinden. In dieser Situation greift dann jedoch die Sowjetarmee ein: Sie verhängt den Ausnahmezustand, Panzer rollen in die Städte ein und an einigen Orten wird das Feuer auf die Demonstranten eröffnet: Dabei sterben rund einhundert Menschen. Später ordnet die Besatzungsmacht auch standrechtliche Erschießungen an.

In den nächsten Tagen gehen in vielen Städten die Streiks und Demonstrationen weiter. Doch gegen die massive, sowjetische Militärmacht ist der Widerstand aussichtslos. Über das Land rollt eine Welle des Terrors. Viele Leute werden inhaftiert. Viele Menschen entschließen sich wegen der Aussichtslosigkeit zur Flucht in den Westen, andere fügen sich in die Verhältnisse und bleiben. Die SED übt sich zwar weiter in Selbstkritik und verspricht, die Politik des Neuen Kurses fort zu setzen. Doch werden schließlich keine ernsthaften Konsequenzen aus ihrem Versagen gezogen.

(Zeitraumen: ca. 60 min)

6. Unter den Demonstranten des 17. Juni sind auch viele Jugendliche. Einige werden für ihr Eintreten für mehr Freiheit und Demokratie zu langjährigen Haftstrafen verurteilt oder lassen ihr Leben. Andere wiederum kehren der DDR für immer den Rücken.

Klaus Staeck (Bitterfeld)

Der 15-jährige Oberschüler Klaus Staeck, später einer der bekanntesten Graphiker der Bundesrepublik und Präsident der Akademie der Künste erlebt den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Bitterfeld hautnah mit. Die Ereignisse dieses Tages und die Brutalität, mit der sowjetische Besatzungstruppen und SED gegen die Aufständischen vorgehen, erschüttert ihn zutiefst. Nach dem Abitur fährt er ohne Rückfahrkarte nach West-Berlin. Ein Staat, der sich gegen seine Bürger nur mit blanker Gewalt an der Macht halten kann, ist für ihn weder zu diesem Zeitpunkt noch irgendwann später eine Alternative zur demokratischen Verfassung der Bundesrepublik. Klaus Staeck lebt heute in Heidelberg und mischt sich rege in das politische Geschehen in Deutschland ein.

Horst Linowski (Magdeburg)

Horst Linowski arbeitet 1953 als Kranführer in Magdeburg und beteiligt sich am 17. Juni zusammen mit seinen Kollegen am Streik und den Demonstrationen. Nachdem sowjetische Panzer gegen die Demonstranten Stellung beziehen und mit Maschinengewehren in die Menschenmenge gefeuert wird, wird der Platz geräumt und Horst Linowski begibt sich zuerst in seinen Betrieb und geht anschließend nach Hause. Am Abend will er sich nochmals die sowjetischen Panzer anschauen und wird dabei beobachtet, wie er ein Flugblatt zerreißt, auf dem der Ausnahmezustand verkündet wird. Daraufhin wird er verhaftet und anschließend zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt. Aufgrund mehrerer erlittener Unfälle im Arbeitslager und der schlechten ärztlichen Versorgung bleiben ihm aus dieser Zeit dauerhafte gesundheitliche Schäden zurück. Außerdem wird es ihm verboten, über das Erlebte zu berichten. Bis 1989 steht Horst Linowski unter staatlicher Überwachung. Sein Schweigen kann er erst nach 1989 brechen.

Alfred Diener (Jena)

Der 26-jährige Schlosser Alfred Diener schließt sich spontan dem Demonstrationzug der Jenaer Kohlearbeiter am 17. Juni 1953 an und gelangt eher zufällig in die SED-Kreisleitung. Dort trifft er Walter Scheler und Herbert Bähnisch. Zusammen übermitteln sie dem Ersten

Sekretär der SED-Kreisleitung die Forderungen der Streikenden: Freie Wahlen und die Einheit Deutschlands. Am Nachmittag räumen sowjetische Truppen das Gebäude und verhaften die drei. Als Rädelsführer des Aufstandes wird Alfred Diener zum Tode verurteilt und am nächsten Tag hingerichtet.

Stefan Weingärtner (Görlitz)

Die Ereignisse vom 17. Juni 1953 verändern das Leben des 20-jährigen Autoschlossers Stefan Weingärtner grundlegend. Aus einem bis dahin eher unpolitischen Jugendlichen wird ein entschiedener Gegner des DDR-Regimes. Stefan Weingärtner schließt sich spontan den Demonstranten an und gehört zu einer Delegation, die in der Stasi-Zentrale in Görlitz prüfen soll, ob sich dort politische Häftlinge befinden. Als das Gebäude gestürmt wird und einige Stasi-Mitarbeiter verletzt werden, sorgt er dafür, dass sie zu einem Arzt gebracht werden. Später wird er wegen seiner aktiven Teilnahme am Juni-Aufstand verhaftet und zum Tode verurteilt. Jedoch wird das Todesurteil in eine 25-jährige Haftstrafe und später in eine 10-jährige umgewandelt. Erst 1963 wird er aus dem Gefängnis entlassen und steht unter ständiger staatlicher Überwachung. 1970 gelingt Stefan Weingärtner die Flucht nach Westdeutschland. Er stirbt 1977 an den Haftfolgen in Hannover. Zur Beerdigung darf nur seine Mutter in die Bundesrepublik reisen, seinen Geschwistern wird dies verwehrt.

(Zeitraumen: ca. 30 min)

7. Auch in den DDR-Haftanstalten mit vielen politischen Häftlingen und im sowjetischen Straflager Workuta spürt man die Unruhe, die die Staatsmacht Mitte Juni 1953 befällt. Sind die Normerhöhungen die Auslöser des Juni-Aufstandes, so werden zunehmend auch politische Forderungen aufgestellt. Eine davon ist die Freilassung politischer Gefangener. Mancherorts kommt es sogar zur Erstürmung von Haftanstalten.

Roland Bude

Roland Bude befindet sich am 17. Juni 1953 im sibirischen Arbeitslager Workuta. Er und seine Mitgefängene merken auch in der Ferne, dass irgendwas nicht stimmt. Deutsche und andere ausländische Strafgefängene werden zeitweise bevorzugt behandelt, indem sie nicht arbeiten müssen, neu eingekleidet werden und eine höhere Lebensmittelration bekommen. Wenige Tage später erfahren sie durch die staatliche Zeitung Prawda vom Arbeiter-Aufstand in der DDR, der als Konterrevolution durch ausländische Agenten dargestellt wird.

Einige Gefängenen haben nun Angst, dass sich ihre Haftentlassung verzögern wird. Andere Gefängene zeigen ihren Unmut über die Deutschen, die angeblich wegen des Zweiten Weltkrieges an allem schuld seien. Einige Monate nach dem 17. Juni kommen die ersten deutschen Gefängenen nach Workuta, die durch das sowjetische Militär verurteilt wurden. Sie erzählen den anderen Häftlingen aus ihrer Sicht von den tatsächlichen Ereignissen am 17. Juni in der DDR.

Achim Beyer

Achim Beyer befindet sich am 17. Juni 1953 im Gefängnis in Halle (auch Roter Ochse genannt). Er arbeitet dort in der Schneiderei und hat an diesem Tag Frühschicht. Schon bald bemerken er und sein Mitgefängener, dass irgendetwas vor sich geht, da die Wachen des Gefängnisses verstärkt werden. Kurze Zeit später bricht die Gefängnisleitung die Arbeit ab, und die Gefängenen werden in ihre Zellen gebracht. Nun hören sie die Demonstranten, die versuchen, die Haftanstalt zu erstürmen. Sie singen das Deutschland-Lied und haben bereits Tor 1 eingedrückt. Der Gefängnisleiter gibt Schießbefehl, und so können die Wachen die Haftanstalt halten. Die Erstürmung misslingt.

(Zeitraumen: ca. 30 min)

8. Der Aufstand der DDR-Bürger gegen ihre eigene Staatsführung wird im Nachhinein von der SED umgedeutet. Angeblich würde der Aufstand vom Ausland in die DDR getragen.

a) In den beiden DDR-Propagandafilmen zum Tag X wird die Schuld für den Aufstand am 17. Juni dem Westen gegeben. Die USA und ihr Verbündeter Westdeutschland hätten angeblich die Unzufriedenheit in einigen Teilen der Bevölkerung ausgenutzt, um einen Krieg mit der DDR zu beginnen. Die Filme bringen zum Ausdruck, dass die Fehlentscheidungen der DDR-Regierung, die zu den Missstimmungen in der Bevölkerung geführt haben, korrigiert worden seien. Gezeigt wird ein angeblich aus West-Berlin eingeschleuster Provokateur, der neben vielen anderen Aufwieglern aus dem Westen den Aufstand angezettelt hätte. Es werden Truppenbewegungen der amerikanischen Armee gezeigt, die daraufhin deuten würden, dass diese nach dem 17. Juni in die DDR einmarschiert wären. Für ein verwüstetes Architekturbüro (VEB Projektion), in dem neue Wohnungen für die DDR-Bevölkerung in Planung gewesen seien, werden westliche Unruhestifter verantwortlich gemacht. Interessanterweise wird auf die fragwürdige Hinrichtung von Ethel und Julius Rosenthal Bezug genommen, die als angebliche sowjetische Spione 1953 in den USA hingerichtet werden. Der Propagandafilm versucht, die sicherlich berechtigte Kritik an dieser Vorgehensweise der USA auszunutzen, um zu zeigen, wie skrupellos die USA mit Menschen umgehen. Objektiv stehen beide Ereignisse jedoch nicht in einem erkennbaren Zusammenhang.

b) Im dritten Propagandafilm wird eine Demonstration in Berlin gezeigt, auf der Zehntausende ihre Zustimmung zur Politik der SED zum Ausdruck bringen. Bejubelt werden sowjetische Soldaten, die maßgeblich für die Niederschlagung der Konterrevolution verantwortlich gewesen wären. Auch Vertreter der DDR-Regierung (z.B. Ministerpräsident Otto Grotewohl) werden bei ihren Reden gefeiert. Danach werden gemeinsame Feiern von DDR-Bürgern und sowjetischen Soldaten gezeigt. Dabei werden die Soldaten wie Befreier gefeiert, weil sie angeblich die Freiheit in der DDR geschützt hätten. Der Aufstand wird als ein von Westdeutschland aus initiiertes Aufstand bezeichnet. Namentlich werden der Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Regierende Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter genannt.

In allen drei Filmen wird die Tatsache bestritten, dass es sich am 17. Juni 1953 um einen Volksaufstand handelt, der von weiten Teilen der DDR-Bevölkerung getragen wird. Außerdem wird lediglich von Missstimmungen in der Bevölkerung gesprochen, die durch die Regierung bereits bereinigt worden seien. Dies verkennt die Tatsache, dass die Erhöhung der Arbeitsnormen nicht zurückgenommen wird. Zudem werden die politischen Forderungen der Aufständischen nach Freiheit und Demokratie nicht erwähnt.

(Zeitraumen: ca. 30 min)

9. Der Aufstand 1953 ist für den Großteil der DDR-Bevölkerung für lange Zeit der letzte Versuch, gegen die Politik der SED zu protestieren. Die Regierung setzt fortan darauf, der Bevölkerung einen bescheidenen materiellen Wohlstand zu garantieren. Die politischen Freiheitsrechte bleiben hingegen der Bevölkerung bis 1989 verwehrt. Viele Bürger geben sich damit zufrieden und suchen im Privaten ihre individuellen Nischen.

Nachdem der Aufstand vom 17. Juni durch sowjetische Truppen niedergeschlagen wird und Tausende DDR-Bürger verhaftet und verurteilt werden, fliehen viele Menschen aus der DDR in den Westen. Sie haben den Glauben an wirtschaftliche und politische Veränderungen in der DDR verloren. Diejenigen, die in der DDR bleiben, versuchen sich mit dem System zu arrangieren. Nur wenige sind weiterhin in der Opposition tätig. Die SED-Führung versucht ihrerseits sich mit materiellen Zugeständnissen und sozialpolitischen Leistungen die Unterstützung und Loyalität der Bevölkerung zu sichern.

Das Zitat „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“ stammt von Bertolt Brecht (1898-1956), der als Begründer des epischen Theaters gilt. Im zweiten Finale der Dreigroschenoper (Ende 2. Akt) wird die Frage aufgeworfen, wovon der Mensch lebt. Dieses Theaterstück wird 1928 zum ersten Mal aufgeführt. Bekannt wird es auch wegen der Musik, die von Kurt Weill komponiert wird. Die Antwort auf diese Frage kann so interpretiert werden, dass den Menschen materielle Sicherheit wichtiger ist als das Eintreten für Werte und Ideale. Brecht, der sich intensiv mit dem Marxismus und Kommunismus beschäftigt hat, bezieht auf den Historischen Materialismus. Danach bestimmt das gesellschaftliche Sein (Status) das menschliche Handeln. Der Historische Materialismus grenzt sich dabei vom Idealismus ab, der die Idee (das Geistige) als Antriebskraft des menschlichen Handelns sieht.

In der Diskussion sollte zuerst thematisiert werden, wie die Schüler dieses Zitat interpretieren. Erst danach sollte versucht werden, den Satz Brechts auf die Verhältnisse in der DDR nach 1953 zu übertragen.

Im allgemeinen Kontext ist das Zitat negativ zu sehen, wenn aufgrund materieller Werte (Wohlstand, Karriere) politische Vorstellungen und Ziele (Freiheit, Solidarität) aufgegeben werden. Im Sinne von Marx kann das Zitat jedoch auch positiv gedeutet werden, wenn schlechte soziale Verhältnisse der Ausgangspunkt für gesellschaftliche und politische Veränderungen sind.

In der DDR subventioniert der Staat die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten und die Preise für Strom und Wasser. Außerdem gewährt der Staat eine Arbeitsplatzgarantie (keine Arbeitslosigkeit). Diese steht aber unter dem Vorbehalt des Politischen und wird Oppositionellen und Ausreisewilligen nicht gewährt. Insgesamt gesehen, wirkt sich die Arbeitsplatzgarantie zu Lasten der Produktivität der DDR-Wirtschaft aus. Die sozialpolitischen Leistungen sollen dafür sorgen, dass sich ein Ereignis wie der Aufstand 1953 nicht mehr wiederholt. Immer wieder schreckt die DDR-Führung davor zurück, die Lebensmittelpreise zu erhöhen, weil sie erneute Unruhen fürchtet. Diesen Zugeständnissen im sozialen Bereich steht bis 1989 ein kompromissloser Kurs in Bezug auf die Gewährung politischer Freiheitsrechte gegenüber.

Zwar könnte man sagen, dass diese Sozialausgaben einerseits tatsächlich einen erneuten Aufstand verhindern. Andererseits sind diese Aufwendungen im Vergleich zur Wirtschaftskraft der DDR viel zu hoch. Die DDR lebt über ihre Verhältnisse und muss immer neue Kredite aufnehmen. Dies beschleunigt den wirtschaftlichen Zerfall der DDR und letztlich trägt auch dies zum Zusammenbruch der SED-Diktatur bei, weil viele Demonstranten im Herbst 1989 die Zukunftslosigkeit der DDR auch am wirtschaftlichen Zerfall und der schlechten Versorgungslage festmachen. Ein weiterer Hauptgrund, der einen erneuten Volksaufstand verhindert soll, ist der massive Ausbau des staatlichen Überwachungs- und Repressionsapparates.

(Zeitraumen: ca. 45 min)

10. Spielen Sie „Tabu“ zum Thema Aufstand 1953! Dazu bilden Sie kleine Gruppen von 2 oder 3 Jugendlichen. Immer ein Team zieht eine Karte und muss den darauf befindlichen Begriff erklären. Die anderen Mannschaften müssen versuchen, diesen Begriff zu erraten. Diejenige Gruppe, die den Begriff als erste errät, bekommt einen Punkt. Am Ende hat die Mannschaft gewonnen, welche die meisten Begriffe richtig erkannt hat. Bei der Erklärung

und/oder Darstellung der Begrifflichkeiten, dürfen diejenigen Wörter nicht verwendet werden, die sich zusätzlich auf der Spielkarte befinden.

Als Lehrer sollten Sie sich beim Tabu-Spiel im Hintergrund halten und nur dann Hilfestellung geben, wenn die Schüler an einem bestimmten Punkt Fragen haben oder nicht mehr weiter kommen. Außerdem sollten Sie auf die Einhaltung der Spielregeln achten und bei eventuellen Streitpunkten eingreifen. Natürlich können Sie auch als Spielleiter fungieren, wenn sich dazu kein Schüler bereit erklären sollte.

Im Prinzip können viele Begriffe von den Unterseiten Aufstand 53 für das Spiel verwendet werden. Sie sollten jedoch darauf achten, dass die Schüler noch solche Begriffe zusätzlich auswählen, die auch in einem thematischen Zusammenhang zum Aufstand stehen. Weiterhin sollten sie darauf achten, dass im Vorfeld des Spiels die Bedeutung der Begriffe im Bezug auf den 17. Juni 1953 geklärt wird (Aufgabe a). Auch ist es sinnvoll, die fünf Zusatzworte, die bei der Erklärung nicht verwendet werden dürfen, vor Spielbeginn gemeinsam zu besprechen.

Um die Spielvorbereitungen zügiger zu gestalten, können Sie die Spielkarten (am besten aus stärkerem Papier oder Karton) zuvor schon bereit stellen.

Weitere mögliche Begriffe für das Tabu-Spiel:

- | | |
|----------------------|----------------|
| - Unmut | - Propaganda |
| - Versorgungsengpass | - Lebensmittel |
| - Bauer | - Demokratie |
| - Flucht | - Freiheit |

(Zeitraumen: für das Spiel ohne Vorbereitung ca. 45 min; für die Vorbereitung ca. 45 min)

11. Ebenfalls 1953 verschärft die SED ihr Vorgehen gegen Jugendliche, die sich nicht in das SED-System einordnen wollen. Am 21. Januar 1953 beschließt das Politbüro des Zentralkomitees der SED eine Kampagne zur Beseitigung der Jungen Gemeinden. Dagegen regt sich unter Jugendlichen, wie z.B. in Eisenberg, Widerstand.

a) In ihren Äußerungen bezüglich der Jungen Gemeinden in der DDR verweist die SED immer wieder darauf, dass die Jugendorganisation FDJ keine atheistische Organisation sei und jungen Christen offen stehe. Für Frieden und Völkerverfreundschaft können junge Christen auch innerhalb der FDJ wirken. In den Augen der Kommunisten war die Religion eine Erfindung der so genannten Ausbeuterklassen, um die unterdrückten Massen auf das Jenseits zu vertrösten und sie so vom Klassenkampf abzuhalten. Mit dem Sozialismus soll diese Form des „falschen Bewusstseins“ allmählich verschwinden.

Anfang 1953 verabschiedet das Zentralkomitee der SED einen „Plan für die Entlarvung der Jungen Gemeinden als einer Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage, die von westdeutschen und amerikanischen imperialistischen Kräften dirigiert wird“. Den Jungen Gemeinden wird vorgeworfen, angeblich gegen die DDR zu hetzen und sich in den Dienst der westdeutschen Politik gestellt zu haben. Die DDR-Behörden und Zeitungen wie die Junge Welt schrecken auch nicht davor zurück, den Jungen Gemeinden Spionage für ausländische Geheimdienste vorzuwerfen.

b) Nach dem Bericht von Thomas Ammer handelt es sich bei der Gründung des Eisenberger Kreises nicht um eine lang geplante, formelle Gründung, sondern um den spontanen Ausdruck des Protestes gegen die Politik der SED. Im Eisenberger Kreis kommen

Jugendliche zusammen, die dem Bildungssystem in der DDR kritisch gegenüberstehen. Kritisiert werden die Bevormundung der Schüler und die Ideologisierung des Unterrichts. Konkreter Anlass für die Gründung ist die Kampagne gegen die Jungen Gemeinden in der DDR, die zunehmend isoliert und aus den gesellschaftlichen Gruppen heraus gedrängt werden. Die Mitglieder im Eisenberger Kreis schließen sich daher zusammen, um gegen die SED-Politik mit verschiedenen Aktionen zu protestieren. Wie Joachim Marckstadt berichtet, gibt sich die Widerstandsgruppe dafür ein Programm, um festzulegen, mit welchen Mitteln gegen die SED-Politik protestiert werden kann.

c) Die Mitglieder des Eisenberger Kreises erleben die Kampagne gegen Mitglieder der Jungen Gemeinde, die Drangsalierung von christlichen Mitschülern und schließlich die Verhaftung eines liberal denkenden und sehr beliebten Lehrers. Die politisch interessierten und geistig wachen Jugendlichen, wie Thomas Ammer, Joachim Marckstadt, Johann Frömel, Peter Herrmann und andere Freunde, wollen die Gleichgültigkeit ihrer Umwelt gegen den SED-Terror nicht länger hinnehmen. Sie planen in der Tradition des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus Aktionen gegen die SED-Herrschaft. Im Oktober 1954 protestieren sie mit einem Plakat gegen die Scheinwahlen zur Volkskammer. Es folgen weitere Flugblatt- und Plakataktionen. Am 21. Januar 1956 verübt die Gruppe einen Brandanschlag auf einen Schießstand der Gesellschaft für Sport und Technik, der Volkspolizei und der SED-Kampfgruppen. Sie protestieren damit gegen die fortschreitende Militarisierung der DDR-Gesellschaft.

Nach dem Abitur beginnen einige Mitglieder des Eisenberger Kreises an verschiedenen Universitäten der DDR mit ihrem Studium. Dadurch weitet sich zwar der Aktionsradius der Gruppe aus, allerdings bildet sich nur in Jena eine aktive Widerstandsgruppe heraus. Unter dem Eindruck des Volksaufstandes in Ungarn im November 1956 verstärkt die Gruppe ihre Widerstandstätigkeit. An den Studentenprotesten im Herbst 1956, die es auch in Jena gibt, beteiligt sich der Eisenberger Kreis jedoch nicht. Die Mitglieder des Eisenberger Kreises handeln immer streng konspirativ: Thomas Ammer zum Beispiel lässt sich zur Tarnung in die FDJ-Hochschulgruppenleitung wählen. Etwa 16 bis 18 Schüler, Studenten und Lehrlinge gehören zu dem aktiven Kreis der Widerstandsgruppe. Sie fordern in ihren Aufrufen freie Wahlen, den Abzug der sowjetischen Truppen, die Freilassung politischer Gefangener und die Zulassung von Oppositionsparteien. Einige Gruppenmitglieder nehmen auch Kontakt zu antikommunistischen Organisationen in West-Berlin auf und besorgen sich dort Literatur.

d) Unter der Vorgabe, er sei ein westdeutscher Journalist, erlangt ein Mitarbeiter der Stasi das Vertrauen einiger Gruppenmitglieder. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beobachtet die Tätigkeit der Gruppe noch etwa ein halbes Jahr. Dann schlägt die Stasi zu. Am 13. Februar 1958 wird Thomas Ammer verhaftet. In den folgenden Wochen werden weitere 24 Mitglieder des Kreises festgenommen, fünf gelingt die Flucht nach Westdeutschland. Somit können sie sich einer Verhaftung und Verurteilung entziehen. Von September bis Oktober 1958 fällt das Bezirksgericht Gera 24 Urteile mit einem Gesamtstrafmaß von 114 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus wegen „Staatsverrats“. Thomas Ammer erhält mit 15 Jahren Zuchthaus die höchste Strafe. 1964 wird er aus der Haft entlassen und in die Bundesrepublik abgeschoben.